

Ausgabe 16-2010

OBDACH e.V.  
Werbung • Zeitsprung • Beschäftigung  
für obdachlose Menschen

# OBDACH-Blätt'l

Heidelbergs echte Obdachlosenzeitung  
für die Metropolregion

Abgabe  
gegen eine  
Spende von €  
1,70  
davon € 0,70  
für den  
Verkäufer

# FREIHEIT stirbt

# mit SICHERHEIT

2010

Europäisches Jahr

zur Bekämpfung von

Armut und

sozialer Ausgrenzung





# LIEBE LESER



Diese Ausgabe ist nun aus gegebenem Anlass eine „Armutsausgabe“ geworden.

Armut begegnet uns immer öfter, die Regierung fördert sie mit vielen neuen Gesetzen-„Sparprogrammen und Reformen“ die am ärgsten Menschen treffen, welche schon jetzt kaum genug zum Leben haben.

Täglich sehen wir Menschen, welche die Abfalleimer nach Pfandflaschen und anderem Verwertbarem durchsuchen. Längst sind es nicht mehr ausschließlich Obdachlose, sondern immer mehr Menschen, die mit dem Wenigen, was sie zur Verfügung haben, nicht mehr zurecht kommen.

In dieser Ausgabe lesen Sie viel darüber wie die Armut um sich greift. Ausgerechnet im „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ zeigt sich, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer schneller öffnet.

Natürlich bleibt auch das OBdach-Blätt'l nicht verschont. Zuschüsse werden gestrichen und wir sind immer mehr auf Spenden angewiesen. Doch wir geben nicht auf.

Weiterhin bieten wir allen von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit, mit dem Verkauf des Blätt'ls ein paar Euros dazu zu verdienen.

Vorerst wünschen wir allen Lesern ein schönes und sorgenfreies Leben,

Ihr OBdach-Blätt'l

## In dieser Ausgabe lesen Sie:

Friede den Palästen....	Seite 3
arm & reich	4
Wenn die Seele stirbt	5
Deutschland 2010	6
Tafeln und Suppenküchen	7
Torsten erzählt	8/9
Die Jobcenter-Reform	10/11
Die Karavane-Demo in Heidelberg	12/13
Finanztransaktionssteuer	14
Bürgerarbeit	15
Hartz-IV-News	16
Saarbrücker Erklärung	17/18
In den Armen der Dealer	19
Alltagsdroge Alkohol	20
Obdachlos-ein Buchtipp	21
Impressum	22
Schmunzelseite	23





## Friede den Palästen? Krieg den Hütten?

Es war ein Schock, als uns das Jobcenter mitteilte, dass die Beschäftigungsmaßnahmen, mit deren Hilfe OBdach e.V. fünf Arbeitsplätze geschaffen hat, nicht fortgeführt werden können. Begründung: Das Sparpaket der Bundesregierung.

OBdach e.V. wendet jährlich ca. 50.000 € aus Spendengeldern auf, um diese Arbeitsplätze zu organisieren und zu finanzieren. Das Jobcenter trägt zusätzlich ca. 65.000 € p.a. bei. Würden diese Zuschüsse wegfallen, müssten wir das so erfolgreiche OBdach-Arbeitsteam auflösen und die Herstellung des OBdach-Blättl aufgeben.

Die Betroffenen, die von ihrem Einkommen Steuern und Versicherungen sowie ihre Miete zahlen, würden wieder ALG II-Bezieher. Daraus resultiert z. B. auch eine Mehrbelastung der Stadt, weil nämlich die Miete für ALG II-Bezieher die Stadt bezahlen muss. Noch schlimmer ist aber die menschliche Tragödie für die, die Freude und Bestätigung in ihrer Hände Arbeit wiedergefunden und sichtbar an Lebensqualität und Menschenwürde gewonnen haben.

Ein zwischenzeitlich mit dem Jobcenter geführtes Gespräch hat ergeben, dass es evtl. neue Möglichkeiten geben könnte, um das Schlimmste zu verhüten. Jedoch seien die Randbedingungen noch nicht geklärt. Eines könne aber schon jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden: der Beitrag von OBdach e.V. müsse deutlich erhöht werden, wenn die gleiche Zahl von Arbeitsplätzen erhalten werden solle. Wie der Verein dies bewerkstelligen soll, steht in den Sternen.

Nun aber zum Grundsätzlichen: Was denkt sich eine Regierung, die das meiste Geld für ihr Sparpaket bei den Ärmsten einsammelt, weil Steuererhöhungen oder die Einführung z. B. einer Transaktionssteuer (0,2%) tabu sind? Wird denn nicht schon wieder spekuliert und riskiert wie vor der Krise? Heißt das nicht, dass bei einigen Leuten Geld in solchem Überfluss vorhanden ist, dass sie es in hochriskanten Spekulationsgeschäften aufs Spiel setzen können? Viele Besserverdienende haben sich bereit

erklärt, ihren Beitrag über einen höheren Spitzensteuersatz leisten zu wollen. Die Regierung aber stellt sich taub und setzt mit der Gesundheitspolitik lieber noch eins drauf.

Während Steuererhöhungen für Spitzenverdiener, Vermögen, Erbschaften und Spekulationen tabu sind, weil das „strukturelle“ Defizit\* nicht durch Einnahmeerhöhungen sondern nur durch Ausgabenkürzungen beseitigt werden könne, wird im Gesundheitswesen genau umgekehrt argumentiert. Hier kann das Defizit angeblich ausschließlich durch Beitragserhöhungen gedeckt werden, nicht aber durch Einsparungen. Im Gesundheitssystem, das 250 Mrd. € p.a. umsetzt, gäbe es nämlich keine Einsparmöglichkeiten, ist also alles in Butter.

Und wer zahlt? In beiden Fällen die Schwachen und der Mittelstand, denen durch Sparpaket und Gesundheitsreform ein Doppelschlag versetzt wird.

Diese hanebüchene Ungerechtigkeiten lassen vermuten, dass die jetzige Regierung Georg Büchners Aufruf aus dem Jahre 1834 FRIEDE DEN HÜTTEN! KRIEG DEN PALÄSTEN! umgedreht hat (siehe Überschrift) und nach dieser Maxime handelt. In seiner Flugschrift prangerte Georg Büchner damals unter Lebensgefahr die Verschwendungssucht der Reichen und Mächtigen an. Denn die Oberschicht lebe auf Kosten ihrer Untertanen im Luxus und beschneide deren Rechte. Bauern und Handwerker sollten sich dieses Unrecht nicht länger gefallen lassen.

Zwischenzeitlich wurde viel erreicht, und ganz bestimmt wollen wir keinen KRIEG, aber wir wollen kämpfen! Kämpfen für eine gerechtere Gesellschaft, die zusammenhält, in der jeder seine Chance bekommt und in der die Chancenlosen aufgefangen werden, so, wie es sich in einer reichen Zivilgesellschaft geziemt.

Albertus L. Bujard  
Vorsitzender OBdach e.V.

\* Was heißt das eigentlich? Wurden die faulen Papiere, die zur Finanzkrise führten, nicht auch mit dem irreführenden Begriff „strukturierte“ Papiere verschleiert?



Das OBdach-Arbeitsteam beim betreuungsgerechten Umbau in der Rohrbacher Straße 62



**Ein Obdachloser, der von den Mitmenschen ausgegrenzt wird,  
Hartz IV-Empfänger, die kaum Geld zum Leben haben  
und deshalb auf vieles verzichten müssen:**



Europa im Jahr eins nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise: Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Und wer einmal in die Armutsfalle getappt ist, der leidet nicht nur materielle Not. Er gehört auch gesellschaftlich nicht mehr dazu: Armut und soziale Ausgrenzung treten also im Doppelpack auf. Auf diesen unseligen Zusammenhang aufmerksam machen soll das „Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.

**arm & reich**



Die Europäische Union geht davon aus, dass in ihrem Gebiet inzwischen insgesamt sogar schon wieder rund 80 Millionen Menschen arm sind. Für die Betroffenen wiederum bedeutet das Ausgrenzung, Ausschluss und zunehmende materielle Einschränkungen in existenziellen Bereichen wie Wohnen, Gesundheit und Arbeit. Als arm gilt, wer höchstens 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung hat, also ca. 8.560 € pro Jahr oder 714 € pro Monat bei 60 Prozent liegt laut EU-Definition die Armutgefährdungsgrenze.

Auch in der wohlhabenden Stadt Heidelberg gibt es Menschen, die von Ausgrenzung und Armut bedroht sind. Insgesamt sind rund 12000 Einwohnerinnen und Einwohner in Heidelberg arm oder armutsgefährdet.

Im Vergleich zu anderen Großstädten, dem Land und dem Bund bewegt sich Armut in Heidelberg auf niedrigem Niveau. Unter den neun Stadtkreisen Baden-Württembergs schneidet Heidelberg am besten ab. Das gilt jedoch nicht für das Thema Wohngeld. Heidelberg hat nach Freiburg die meisten Wohngeldempfänger/innen

aufzuweisen. Wohnkosten sind in Heidelberg eine enorme Belastung für einkommensschwache oder verschuldete Haushalte. Da Vermieter günstigen Wohnraum bevorzugt an Studenten, möglichst mit Bürgschaft von den Eltern vermieten, haben es sozial schwache Menschen besonders schwer bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Die Zahl der auf Grundsicherung angewiesenen Arbeitssuchenden hat sich in Heidelberg auf hohem Niveau verfestigt. Hauptgrund dafür ist, dass die hohen Qualifikations- und Flexibilitätsanforderungen des Heidelberger Arbeitsmarktes diesen Menschen einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erschweren. Es ist davon auszugehen, dass sie langfristig Unterstützung und Betreuung benötigen.

Armut und Benachteiligung kommen in allen Stadtteilen vor, doch im Ausmaß unterscheiden sich die Stadtteile stark. Die meisten Armutsgefährdeten lebten 2005 in vier südlichen Stadtteilen. Dadurch besteht die Gefahr, dass Armut in Heidelberg nicht erkannt, verdrängt und von

vielen Betroffenen schamhaft verschwiegen wird. Wer arm ist, muss nicht nur bei Wohnen, Gesundheit, Bildung und Freizeitgestaltung auf vieles verzichten, was zur Lebensqualität gehört, sondern auch mit sozialer Ausgrenzung leben. Wer arm ist, verliert schnell gesellschaftliche Anerkennung. Dieser Benachteiligung von Armut Betroffener will das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung, in dem zahlreiche Organisationen zusammenarbeiten, entgegen wirken.



# Wenn die Seele Stirbt

Nach dem Arbeitsplatzverlust kam für die meisten sicher erst einmal der Fall ins Ungewisse. Bekomme ich wieder eine Arbeit? Wie lange werde ich arbeitslos sein? Werde ich meine Lebensstandart halten können? Werde ich jetzt arm werden? Wie wird es weitergehen? Die Angst vor der Arbeitslosigkeit treibt die meisten schon vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit herum. Angst ist der Indikator unserer Zeit. Bei den Meisten, beginnt die Angst mit dem täglichen Gang zum Briefkasten. Wieder ein Brief von Job-Center oder Rechnungen die man gar nicht mehr bezahlen kann? Aus dieser Angst heraus hat es besonders zu Beginn der Hartz-Gesetze eine Vielzahl von Suizidhandlungen gegeben, die die Öffentlichkeit bestürzten. Dass man im Laufe der letzten fünf Jahre, in denen nun Hartz IV seine Wirkung entfaltet hat, kaum noch etwas von Suizidhandlungen hört, mag einerseits daran liegen, dass sich viele an diese Lebensform gewöhnt haben, der große Schreck vor der Veränderung verloren ging. Zufriedenheit findet heute auf einem wesentlich niedrigen, unnötig heruntergewirtschafteten Niveau statt. Andererseits heißt es aber nicht, nur weil nichts mehr davon zu hören ist, es diese Suizidhandlungen nicht mehr geben muss. Mit Sicherheit passen sie nicht in das so pfleglich behandelte Bild, dass die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe der ganz große Wurf in der Sozialgesetzgebung der letzten Jahre gewesen sei. Zudem würden solche Meldungen in der Gesellschaft den einen oder anderen doch zum Nachdenken veranlassen, und der wäre dann ja nicht so leicht zu manipulieren.

Bei Vielen, die als Langzeitarbeitslose gelten, hat diese lange Zeit der Erwerbslosigkeit deutliche Spuren hinterlassen. Entruckturierter Tagesablauf, Lustlosigkeit, latente bis sichtbare Depressionen, Hoffnungslosigkeit, Kraftlosigkeit, der schleichende Verlust von Lebensfreude und die eben beschriebene Schmach, oder Scham hat die Verhaltensweisen der Betroffenen nachhaltig negativ verändert. In wieweit psychosomatische Auswirkungen der Betroffenen auf das alltägliche Leben einwirken, scheint bis dato noch nicht erfasst. Überhaupt ist es die Langzeitwirkung der Erwerbslosigkeit, mit der bewusst jeder Stolz, jedes Selbstbewusstsein, jedes Selbstwertgefühl, jede Handlungsaktivität zerstört wird. Die Schikanen der Job-Center als Instrument der Unterstützung, die Wünsche und Machtinstinkte der Industrie und Wirtschaft in praktischer Weise umzusetzen, fördern diese Entwicklung zum gebrochenen Menschen geradezu. Medienhetze und Politikerschelte, ganz gezielt und zeitlich punktuert immer wieder eingesetzt, fördern ein Feindbild in der Gesellschaft, gegen das sich die Betroffenen durch ihre geschwächte Position und erniedrigte psychische Situation kaum noch wehren können. Langzeitarbeitslose werden als die Sozialschmarotzer unserer Gesellschaft geächtet.

Vom Axel Springer-Verlags und der Bertelsmanngruppe im Verbund mit SAT1, PRO7 und RTL und immer wiederkehrenden Äußerungen von Selbstdarstellern unserer Republik, welche größtenteils Mitglieder der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (gemeint ist natürlich

weniger soziale Marktwirtschaft) sind, klappt in Deutschland auffallend gut. Egal ob Medienhetze, Politikerschelte, Ernährungstipps für ausgewogene Mahlzeiten, oder die Studien zweier Chemnitzer Professoren, es wird keine Möglichkeit ausgelassen, Erwerbslose und Hartz IV-Empfänger öffentlich zu denunzieren wo es nur geht. Deutschland hat aus seiner Geschichte überhaupt nichts gelernt. Nur heute geschieht das alles wesentlich subtiler. Die soziale Isolation, die Tatsache nicht über die Dinge sprechen zu können, die einen bedrücken, die langanhaltende Zwangsverzicht, die emotionelle und materielle Armut, die Schmach Scham und Angst sich öffentlich zu der eigenen, oftmals unverschuldeten Situation öffentlich zu bekennen, macht das Leben für Viele zur Qual.



Durch den Bezug der Hartz IV-Leistung fühlen sich die meisten ausgegliedert aus einem System, das ihnen Sicherheit, Geborgenheit und auch ein Stück Heimat gab. Durch die gesellschaftliche Ausgrenzung, durch öffentlich propagandierter Ächtung, durch Armut bis zum Lebensende, durch die Abschiebung in eine Parallelgesellschaft hat für die meisten der Begriff der Geborgenheit und Heimat seine Bedeutung verloren. Sie sind Heimatlose im eigenen Land, in dem sie durch ein Armuts Gesetz gefangengehalten werden.

Der immer gleiche Trott, nie eine Abwechslung, nie einmal etwas schönes erleben, kein Ausflug, kein Biergarten, kein Kino, kein Theater oder Musical, kein Auto, keine uneingeschränkte Beweglichkeit, womit haben Hartz IV-Bezieher das alles eigentlich verdient?

Hartz IV-Empfänger sind nicht die Wunschkinder dieser Gesellschaft, und so werden sie auch behandelt, wie ungewollte, ungeliebte Kinder.



# Deutschland 2010 kein Sommermärchen

Ich frage mich: Wohin bewegt sich unser Sozialstaat gerade? Ausgerechnet im europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beschließt die Bundesregierung ein so genanntes Sparpaket, mit dem sie den Weg des vermeintlich geringsten Widerstandes geht. Offensichtlich fragt sich in Berlin keiner ernsthaft, wer die Löcher im Haushalt verursacht hat. Eines ist sicher: Herr P. aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Rostock hat mit diesem Schuldenberg nichts zu tun. Während anderen weiter die Hose platzen, muss er nun den Gürtel noch einmal enger schnallen.

Menschen, die am Existenzminimum leben, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen oder aufgrund privater Schicksale an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden, haben in unserem Land leider keine Lobby. Wenn sie gegen Sozialabbau und Kürzung von Bezügen protestieren, werden sie nicht selten als Schmarotzer unserer Gesellschaft dargestellt oder es wird ihnen wie von Außenminister Westerwelle „spätromische Dekadenz“ vorgeworfen. Anders ist das, wenn Industrie oder Wirtschaft ihre Lobbyverbände oder Funktionäre mobilisiert. Die vertreten ihre Interessen öffentlichkeitswirksam, und tun so, als ob es dabei auch um die Interessen aller geht – dafür muss jeder Verständnis haben.

## Löcher stopfen statt Steuern senken

Es scheint politisch einfacher zu sein, sich mit den großen Lobbyisten der Wirtschaft und Industrie gut zu stellen und dafür denen an die Wäsche zu gehen, die sich kaum wehren können. Nur mal so zur Erinnerung – vor knapp einem Jahr hat die FDP noch mit Steuersenkungen um Wählerstimmen geworben. Heute hören wir davon nichts mehr. Ganz im Gegenteil, die Löcher im Bundeshaushalt bzw. die Schulden der Bundesrepublik Deutschland sollen nun mit Mitteln gestopft werden, die wieder mal der kleine Steuerzahler aufbringen muss.

## Wer trägt Verantwortung für unsere Schulden?



So wie Herr P. Der lebt seit Jahren von seiner kleinen Erwerbsunfähigkeitsrente, die gerade mal so die Mietkosten seiner Wohnung deckt und den Lebensunterhalt sichert. Weitere finanzielle Unterstützung bekommt er nicht, weil er „genug“ Einkommen hat. Ihm wird also vorgeschrieben, wie viel er zum Leben braucht und was verhältnismäßig ist. Er lebt mit dem bisschen, was er hat am Existenzminimum und zählt damit als arm. Ich frage mich, wie man diesem Menschen erklären will, dass er Mitverantwortung an dem trägt, was in Berlin, Brüssel oder

sonst wo entschieden wird und nun die Suppe derer auslöffeln muss, die wirklich etwas dafür können.

## Sparen ja – aber nur wenn alle daran beteiligt werden

Eigentlich kann man hier nicht mehr nur von einem Gefühl der ungerechten Behandlung sprechen. Hier schreit die Ungerechtigkeit förmlich zum Himmel. Herr P. muss in Zukunft weiterhin mit dem Wenigen auskommen, was er hat. Weder Steuererleichterung noch Erhöhung der sozialen Bezüge wird es geben, stattdessen warme Worte und den Appell, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssen. Das wäre auch nicht so schlimm, wenn diese Ansage auch wirklich für alle gelten würde.





# Tafeln und Suppenküchen müssen Geschichte werden

Warum sind Tafeln bundesweit so erfolgreich? Weil alle Beteiligten „Gewinn“ daraus ziehen. Supermärkte und Discounter können ihr nicht verkaufte Waren abschreiben, mit ihrer sozialen Verantwortung werben und gleichzeitig die Entsorgungskosten minimieren. Den Initiatorinnen und Helfern von Lebensmittelausgaben und Suppenküchen ist ebenfalls Anerkennung sicher: Tafeln haben ein hohes gesellschaftliches Ansehen. Anerkennung kommt freilich vor allem von denen, die den Rückbau des Sozialstaats und die Zunahme von Armut politisch zu verantworten haben. Sie singen das Hohelied auf das Ehrenamt.



Es überrascht deshalb nicht, dass die frühere Bundesfamilien-, jetzt Arbeitsministerin Ursula von der Leyen die Schirmherrschaft beim Bundesverband der Tafeln übernommen hat. Man muss sie liebhaben, die Tafeln und ihre Helfer. Schließlich: Für Politikerinnen und Politiker stellt ehrenamtliches Engagement „eine zentrale Grundlage für das Gemeinwesen“ dar und ist „eine wichtige Bedingung für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben.“ Bürgerchaftliches Engagement wird mit Anerkennungsurkunden oder Ehrenamtskarten honoriert.

## Falsches Mitleid und fachliche Borniertheit verhindern

Auf die Frage, welche Motive die freiwilligen Helferinnen und Helfer zum Engagement bewegen, antworteten viele, dass ihnen die Tätigkeit „persönliche Zufriedenheit“ verschaffe. Denn sie könnten „etwas Sinnvolles“ tun, weil sie sähen, „dass die Hilfe dort ankommt, wo sie hingehört“. An dieser Stelle gibt es Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit zwischen den professionell und den ehrenamtlich Mitarbeitenden: Die Verbindung professioneller Arbeit mit freiwilligem Engagement kann falsches Mitleid einerseits und Borniertheit der Fachbranche andererseits verhindern. Am Ende solcher Kooperationen sollten als Ergebnis realistische Sichtweisen und Konzepte stehen.

## Tafeln als soziales Feigenblatt für Sponsoren

Dazu gehört die gemeinsame kritische Reflexion der Tafelarbeit. Was hat es eigentlich damit auf sich, dass die Tafeln auch von zahlreichen kapitalkräftigen Sponsoren unterstützt werden? Welche Motivation haben Mercedes-Benz, der Reifenhersteller Continental, die Norddeutsche Landesbank oder Gruner & Jahr, um nur einige zu nennen? Warum kümmert sich der große Unternehmensberater McKinsey – führend bei Rationalisierung und Personalabbau – in Form sozialen Sponsorings um die Opfer der Arbeitsplatzvernichtung?

## Ursachen von Armut in den Blick nehmen

Aber auch das ist ein Thema: Die Konkurrenz innerhalb der Armutsbevölkerung, der Kampf um das knappe Gut der Lebensmittel wird härter. Auch in der Schlange vor der Ausgabe gibt es die vielzitierte Neiddebatte: Wer bekommt mehr? Steht ihm das eigentlich zu? Deutscher oder Ausländer? Guter oder schlechter Arbeitsloser? Um diese kritischen Fragen dürfen die haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden keinen

Bogen schlagen. Supervision kann helfen, und Aufklärung im klassischen Sinne ist erforderlich: Über Ursachen von Armut und struktureller Arbeitslosigkeit und über die Lebenswirklichkeit von Menschen am Rande der Gesellschaft muss informiert werden.

## Sprachlosigkeit von Menschen in Armut aufbrechen

Das gemeinsame Ziel ist allerdings klar: Neben der konkreten Hilfe im Lebensalltag der Bedürftigen muss es darum gehen, einen Beitrag zu leisten, den fortschreitenden Individualisierungsprozessen und der Entsolidarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Es gilt, die von Armut betroffenen Menschen aus ihrer Sprachlosigkeit zu befreien, sie zu solidarischem Handeln in ihrem Interesse zu motivieren. Tafeln und Suppenküchen dürfen nur eine Zwischenlösung sein, letztlich müssen sie Geschichte werden.



**DIE TAFELN**  
Essen, wo es hingehört



## Torsten erzählt von seinem Leben auf der Straße

### *Wie sind Du obdachlos geworden?*

Torsten: Da sind viele Gründe zusammengekommen. Ich wollte nach Neuseeland auswandern. Da hatte ich mal Urlaub gemacht. Deshalb habe ich meine Wohnung gekündigt und meine Arbeit aufgegeben, und bin dorthin. Aber ich hatte keine richtige Erlaubnis, in Neuseeland zu sein. Und dann habe ich all mein Geld verloren. Ich habe nämlich eine Sucht. Ich bin spielsüchtig. Als mein ganzes Geld weg war, konnte ich nichts mehr machen. Ich durfte eigentlich gar nicht im Land sein und konnte so auch nicht arbeiten, um neues Geld zu verdienen. Da habe ich meinen Vater angerufen. Er war sehr traurig. Er hatte mir früher schon Geld gegeben, und das hatte ich auch verspielt. Er hat mir noch einmal geholfen, damit ich nach Deutschland zurückkommen konnte. Dann war ich zurück und hatte keine Wohnung und keine Arbeit mehr.

### *Wie lang sind sie schon obdachlos?*

Torsten: Seit fünf Jahren, und seit vier Jahren verkaufe ich Straßenzeitungen. Das ist eine gute Hilfe, denn man redet mit Leuten. Wenn man keine Wohnung hat, ist die Gefahr groß, dass man sich versteckt oder ganz doll traurig wird. Und dann kann einem niemand helfen. Aber wenn man rausgeht und die Zeitung verkauft, dann trifft man Leute, und das tut gut. Man lernt einige Menschen richtig kennen, wenn man oft an einem Ort steht und verkauft.

### *Verdienst Du noch mit etwas anderem als dem Verkauf des Straßenmagazins Geld?*

Torsten: Ich sammle Pfandflaschen. Viele machen das. Mit Taschenlampen, Stöcken und Handschuhen suchen sie nach Leergut. Und ich stehe Modell für Kunststudenten, die mich zeichnen. Manchmal geben mir auch Leute einen kleinen Job. Einmal brauchte eine alte Frau Hilfe beim Gardinenaufhängen. Ich hab das für sie gemacht, und sie hat mir dafür etwas Geld gegeben. Eigentlich darf man so etwas aber nicht. Schwarzarbeit heißt das, weil man keine Steuern dafür zahlt.

### *Einige machen auch Musik und sammeln damit Geld.*

Torsten: Das ist besser als betteln. Denn wenn man Musik macht, dann gibt man den Leuten ja auch etwas. Da haben sie ein besseres Gefühl, etwas zu geben, als wenn man nur einen Becher hinhält und bettelt.

### *Wo schläfst Du?*

Torsten: Ich wohne an einem alten Haus, das verkauft werden soll. Ich habe dem Vermieter angeboten, dass ich mich ein wenig um den Garten kümmere, die Hecke schneide zum Beispiel. Dafür darf ich auf der Terrasse schlafen. Aber es gibt auch Leute, die schlafen im Winter wirklich auf der Straße. Einige schlafen auch in Einkaufspassagen. Aber da muss man ganz früh aufstehen und weggehen. In einigen Passagen gehen nämlich morgens Sprinkleranlagen an. Wenn man vorher nicht weg ist, wird man ganz nass. Es gibt nicht viele Plätze, wo man bequem und einigermaßen sicher schlafen kann. Manche klettern auch in leer stehende Häuser und schlafen dort. Ich habe mal einen Winter lang in einem alten Krankenhaus gewohnt. Im Sommer habe ich mir mal eine Unterkunft in einem Busch gebaut. Die hat keiner so leicht entdeckt, und ich war gut geschützt und konnte meine Sachen da lassen.

### *In leer stehenden Häusern schlafen, einen Unterschlupf im Busch bauen – das klingt wie ein Abenteuer. Ist das so?*

Torsten: Nein, eigentlich ist man die ganze Zeit auf der Flucht. Wie ein gehetztes Tier. Man muss oft Sachen machen, die man eigentlich nicht so richtig darf. Zum Beispiel in leer stehende Häuser einsteigen oder schwarzarbeiten.



### *Was essen Sie?*

Torsten: Ich esse ganz normal, Obst, Kuchen, was die Hamburger Tafel so verteilt. Von denen bekommt man umsonst etwas zu essen. Wenn man vor dem Supermarkt steht, fragen einen manchmal auch Leute, ob man etwas braucht. Das ist eine gute Hilfe. Besser, als wenn sie einem Geld geben, und das geht dann für eine Sucht drauf – zum Beispiel für Alkohol.



**Wo wäschst Du dich?**

Torsten: Es gibt Tageseinrichtungen, wo man duschen kann. Und einmal in der Woche gehe ich zum Sport, einmal im Monat in die Sauna. Da kann ich mich dann auch richtig waschen. Man muss wissen, wo man sich waschen kann – und dann muss man das auch tun. Gerade im Winter machen das viele Obdachlose nicht. Es ist denen zu umständlich. Viele haben ja ihren ganzen Besitz dabei. Dann müssen sie alles unterbringen oder einschließen, sich ausziehen ... Aber wenn man sich nicht wäscht, ist das nicht gesund. Wenn man zum Beispiel eine Wunde hat, kann die viel schneller eitern.

**Und was ist mit Zähneputzen?**

Torsten: (lacht) Ja, das mach ich nicht so oft. Das ist ganz blöd, weil ich schon schlechte Zähne habe. Ich habe auch einen Kanister mit Wasser bei meinem Unterschlupf stehen, aber ich putze nicht oft genug. Das ist eine schlechte Angewohnheit.

**Woher bekommst Du deine Kleidung?**

Torsten: Aus Spenden. Manchmal stellen Leute auch Körbe mit alten Schuhen raus. Da hab ich zum Beispiel die hier gefunden. (Torsten zeigt seine Füße.) Erst hab ich nur Damenschuhe in dem Korb gesehen, aber ganz unten, da hab ich dann die entdeckt. Das war richtiges Glück! Die passen und sind noch richtig gut. Sonst sind Schuhe nämlich richtig teuer.

**Wie hältst Du dich auf dem Laufenden?**

Torsten: Ich habe ein Radio, damit höre ich Nachrichten. Und ich kann in eine Bücherei gehen und Zeitung lesen. Fernsehgucken kann ich nicht. Aber es geht auch ohne.

**Gibt es auch Jugendliche in deiner Nähe, die obdachlos sind?**

Torsten: Jugendliche sind nicht lange auf der Straße. Das Jugendamt kommt schnell vorbei, und dann leben sie in einem Heim oder einer Pflegefamilie. Da wird in Deutschland besser drauf geachtet als in anderen Ländern.

**Glaubst Du, dass Du wieder eine Arbeit findest?**

Torsten: Das Schwierige ist, dass man alles gleichzeitig braucht: eine Wohnung, damit man Arbeit bekommt, eine Arbeit, damit man eine Wohnung bekommt, ein Konto, eine Versicherung. Das ist sehr schwer. Aber in Armut steckt ja auch das Wort Mut – den Mut darf man nicht verlieren.

**Kann deine Familie dir nicht helfen?**

Torsten: Ich habe keinen Kontakt mehr zu meiner Familie. Sie könnten helfen. Sie haben aber schon so oft geholfen, und ich habe sie früher häufig belogen. Sie vertrauen mir nicht mehr. Die Spielsucht ist eine Krankheit im Kopf. Das Gemeine ist – es macht ja Spaß. Aber dann ist das



Geld weg, das man eigentlich für etwas anderes gebraucht hätte.

**Bist Du schon mal ausgelacht worden?**

Torsten: Ausgelacht nicht, aber einige Menschen wollen einen ärgern. Es gibt ja zum Beispiel Obdachlose, die immer einen Einkaufswagen dabei haben, mit dem sie ihren Besitz transportieren. Manche Leute klauen etwas aus dem Wagen, oder sie zünden die Sachen an. Manche werden auch verprügelt. Jugendliche, die keine Ausbildung und keine Arbeit haben, toben an Obdachlosen ihre Wut aus. Die Leute fühlen sich gut, wenn sie sich jemand anderem überlegen fühlen.

**Ist dir schon mal was richtig Gutes passiert?**

Torsten: Ich war Fußballnationalspieler bei der Obdachlosen-Weltmeisterschaft vor zweieinhalb Jahren in Kopenhagen. Da darf man nur einmal dabei sein, und es wird Kleinfeldfußball gespielt. Da waren wir in einem Riesenhotel, und es kamen Menschen aus vielen Ländern.

**Und was nicht so Tolles?**

Torsten: Es ist traurig, wenn ich wegen meiner Spielsucht Geld verliere, das ich eigentlich zum Leben brauche. Aber es kommen auch wieder bessere Tage!

**Was ist für dich ein Glückstag?**

Torsten: Wenn man aufwacht, der Himmel ist blau, und die Vögel zwitschern, das ist ein glücklicher Tag. Aber wenn man darauf achtet, dann hat man jeden Tag ein bisschen Pech und ein bisschen Glück.



# Jobcenter-Reform ist beschlossen

Am 21.04.2010 hat das Bundeskabinett die Reform der Jobcenter beschlossen. Für die Neuorganisation wird das Grundgesetz insoweit geändert, damit die vom Bundesverfassungsgericht an sich für verfassungswidrig erklärte Mischverwaltung von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA) weiterhin erlaubt bleibt.

Im Zuge der Reform soll Anzahl der Optionskommunen, welche sich in Eigenregie um ALG II Bezieher kümmern, auf insgesamt 110 steigen. Bisher waren es lediglich 69.

Die übrigen 330 Jobcenter verbleiben unter gemeinsamer Kontrolle von Kommunen und BA, wobei die "Betreuung aus einer Hand" durch eine "Betreuung unter einem Dach" abgelöst wird. Für die betroffenen Hartz IV Empfänger bedeutet dies der Bundesregierung zufolge aber keine Veränderungen zum Negativen. Das Gesetz zur Neuordnung der Jobcenter wird aller Voraussicht nach am 9. Juli im Bundesrat beschlossen und am 1. Januar 2011 in Kraft treten.



## Und was Jetzt?



Bei den Leyen liegt das Heil, oder nur volkswirtschaftliche Blindgänger können glauben, dass mit 32 Millionen Erwerbstätigen 9 Millionen erwerbsfähige Erwerbslose und der Rest zum 78 Millionenvolk ernährt werden kann, wobei die Finanzdomteure und ihr Klientel den Rest unseres Staatskredits gekonnt in die eigene Tasche wirtschaften. Trotz Repressionen, Regelsatz unterhalb des Existenzminimums und getürkt zu niedrigem Wohnkostensatz bei Hartz IV kann diese Rechnung nicht aufgehen. An einem mehrfach verfassungswidrigen Schandgesetz gibt es nichts mehr herum zubasteln. Wer hat diese neoliberalen Gläubigen gewählt und warum haben wir sie nicht schon lange mit einem zünftigen Generalstreik in die Wüste geschickt?

Anscheinend gilt die alte Indianerweisheit auf uns übertragen: Erst wenn der letzte Bäcker sein Brot selber essen muss, der letzte Zimmermann aus seinen Balken nur noch sein Grab bauen kann, der letzte Schlosser seine Rutsche zum Konkurs selber zusammenschweißt, werdet ihr feststellen dass uns alle Westerwelle, Ackermann, Sinn, Merkel und Steinmeier nicht zum Mittagessen einladen. Die neoliberalen Gläubigen sind nicht nur die Totengräber unserer Volkswirtschaft sondern auch unserer Formaldemokratie. Deshalb weg mit Hartz-I bis IV, Vergesellschaftung aller Banken und Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Oder gleich den unvermeidlichen Staatskonkurs auf den „unsere“ Politiker in immer schnelleren Spiralen zusteuern.

Das Urteil des CSU Richters Papier vom Februar 2010 zeigt zudem dass das Grundgesetz dort offensichtlich in der Toilette hängt und noch nicht den Zugang zu den Köpfen gefunden hat, weil es am anderen Ende dringender gebraucht wird. Sonst könnte der 5. Mann im Staate, oder war er Rad? nicht feststellen: Hartz IV ist zwar verfassungswidrig, kann aber weiterhin exekutiert werden. Ist nicht Mord, Totschlag, Diebstahl, Betrug, Körperverletzung und Sachbeschädigung auch verfassungswidrig und sollen wir da der gleichen Logik folgen?

Hartz4 und die damit vorgenommenen Änderungen unserer gesamten Sozialgesetze sind NICHT mehr zurücknehmbar!

Wenn es vorher Sozialhilfeempfänger gab, die von den Kommunen „versorgt“ wurden und es eine Stufe höher etwa 3 Millionen Langzeitarbeitslose gab, für die das Arbeitsamt sekundär zuständig war (es gab ja einen festgelegten Prozentsatz vom normalen Arbeitslosengeld, der nach einer gewissen Zeit nur noch ausbezahlt wurde), so kamen DIE Politiker einstimmig zu dem Beschluß => Hartz4 oder ALG II

Mit DIE meine ich alle damals: schwarze, gelbe, grüne und letztlich die roten, die an der Macht waren und es durchführten, während sich die schwarzen und gelben die Hände rieben und nicht schmutzig machten!

Die Kommunen erhofften sich Luft, weil die Sozialhilfeempfänger nicht mehr versorgt werden sollten und die Agentur (mittlerweile) atmete auf, weniger an die Langzeitarbeitslosen zahlen zu müssen – soweit, so gut. Der gedachte Umbau ging aber nicht so, wie gedacht, viele Kreise und kreisfreie Städte meinten zunächst mehr Rahm abzubekommen, wenn sie eine Option wählen. Die Option wurde eingeräumt, nur floss das erwartete und erhoffte Geld nicht.

Der neue Moloch Hartz-4 kostete und kostet enorm viel. Ehemalige Sozialhilfeempfänger bekamen nun auch eine Menge mehr als vorher „vom Amt um die Ecke“, bei dem es schon mal einen gebrauchten Schrank/Tisch oder Kühlschrank und ansonsten Wertmarken für den Einkauf gab.

Sei'n wir mal ehrlich, damalige Sozialhilfeempfänger waren nicht nur Menschen, die nicht mehr erwerbsfähig sein konnten aufgrund von Krankheiten oder Dingen aus nicht eigenem Verschulden. Es gab auch eine Menge Menschen, die versorgt werden mußten, weil sie selbstverschuldet KRANK waren und keiner Anteilnahme mehr am regelmäßigen Leben zugeführt werden konnten (beispielsweise Drogenabhängige) und schließlich gab es einen erstaunlichen Rest von etwa 100.0000 Menschen, die wie in den 50ern oder 60ern (also wohl schon immer) keinerlei Arbeiten ausüben wollten (echte Schmarotzer also).



Die Gesamtmenge der Sozialhilfeempfänger belief sich etwa auf 2,6 Millionen, die von Kreisen und Einzelstädten vorher versorgt wurden mit etwa durchschnittlich 500 DM und für Kinder unter 7 Jahren auf 270 DM beziffert. Viele alleinerziehende Frauen bezogen nach Trennungen für sich und ihre Kinder solche sozialen Hilfen, um irgendwie über die Runden zu kommen.

Nahm man von den 2,7 Millionen noch die ab, die nicht erwerbstätig sein konnten (häusliche Bindung, Krankheit, Behinderung), die über 60jährigen und die Minderjährigen sowie die etwa 150.000 Erwerbstätigen, dann blieben

799.000 erwerbsfähige Menschen (die allerdings wenige Chancen auf den 2. geschweige denn 1. Arbeitsmarkt hatten, weil es ja noch die etwa 3.000.000 Menschen mit Arbeitslosenhilfe gab.

Jedenfalls betrug die zweigeteilte, damalige Sozialhilfe im Jahre 2000: 17,1 Milliarden HLU (Hilfe zum Lebensunterhalt) und 23,7 Milliarden (Hilfe in besonderen Lebenslagen, die Krankheit (Drogenabhängige sind auch Kranke!), Behinderung und Pflegebedürftigkeit erfasste).

Nach Hartz4 wurde alles anders, als gedacht: 2,7 Millionen bekamen mehr als

vorher in der Sozialhilfe. Der Verwaltungsaufwand wuchs ins Unermessliche, weil die Kommunen und Kreise mächtig aufstocken mussten und aufstockten.

Das gesamte Wohnungswesen musste plötzlich mitversorgt werden, und es hieß nicht mehr nur SOZIALWOHNUNG.

Der Bund verweigerte den Kommunen Hilfen und so wurde dann versucht an den Daumenschrauben der Empfänger bis heute zu drehen.

Die Spirale wurde und wird zur Todesspirale, denn mittlerweile haben wir über 7 Millionen Menschen, die nicht mehr in den 2. Arbeitsmarkt, geschweige denn in den 1. kommen.

Wir haben dafür neue Instrumente, die keinem helfen => Minijobs, 1€-Jobs, massig Teilzeitjobs, die nicht ernähren können und viele, viele Profiteure, die Minijobs, 1€-Jobs und Zeitarbeitsjobs anbieten.

Ende vom Lied => irgendwelche haben da abgesahnt und der Rest sind WIR.

ÄNDERN ? Rückgängigmachen von Hartz4 ? ARGES abschaffen und deren MA freistellen ? Zeitarbeitsfirmen wieder abschaffen?

Geht niemals und würde mehr Geld verschlingen als wir jetzt den Griechen als Kredit leihen (hoffentlich bekommen wir es irgendwann zurück).

Eines der eigentlichen Probleme mahnte in den fetten Mittfünfzigern ein Wirtschaftsprofessor mit Zigarre in seiner Eigenschaft als damaliger Wirtschaftsminister und späterer 2. Bundeskanzler dieser Republik bereits an. Er sagte schlicht ALLEN im fetten Wirtschaftswunderland: "Maß halten".



Es klang zwar allen ziemlich komisch in den Ohren, wenn er mit dicker Zigarre auftauchte dabei, nur er hatte Recht damals schon.

Keiner hielt irgendwie Maß, alles sollte höher, mehr und fetter werden. Profite und Zuwächse um 30 bis 50 % waren ja normal damals.

Und ebenso dachten die mitwachsenden Politiker. Ein blöder Spruch ist heute noch des Politikers Fundament dabei => Ein Staat kann nicht pleite gehen!

Stimmte damals auch. Der Staat HATTE Goldreserven und viel Tafelgeschirr.

Nur heute...., sorry.

Heute denken die Politiker immer noch so und ganze Staaten werden von den Hochfinanz-Jongleuren bereits aufgekauft.

Noch einmal zur Erinnerung. Es gehen täglich bis zu 3.000 Milliarden als Finanztransfers rund um die Welt und das zum Schwächen und Ausnutzen schwankender Währungen in einzelnen Staaten. Einfach, um damit Profit zu machen.

1% Transfer-Besteuerung würde 30 Milliarden Steuern täglich weltweit bringen.

gen.

Dreißig MILLIARDEN pro Tag !!!

Wer verhindert das denn wohl, dass es den vielen und einzelnen Staaten besser geht?

Griechenland und andere EU-Länder sind nur kleine Beispiele, denn vorher waren die Entwicklungsländer dran, die sogar ihr Wasser im gesamten Staat mittlerweile an andere (Unternehmen) verkaufen mussten. Demnächst ist es noch die Luft zum Atmen vielleicht.

Aber wir in Deutschland und in Europa und in der globalisierten Welt hängen mittlerweile doch auch ALLE am Tropf.

Würde Griechenland beispielsweise nicht geholfen vor einem Bankrott des Staates, dann könnten tausende griechischer Unternehmen nicht mehr mit uns wirtschaften, Devisen bringen und vor allem viel mehr Milliarden Schulden an deutsche und europäische Firmen nicht zurückbezahlen.

Was dann? Dann geht es uns an den Kragen, weil unsere Unternehmen nichts mehr einnehmen von dort und anderswo. Es kommen keine Steuern dafür mehr herein. Von Steuern bezahlen wir doch aber unseren Staat und das ganze Europa, nebst EU.

Es hängt mittlerweile eben alles zusammen und keiner weiß mehr einen Rat.

Was sind also die kleinen Westerstelles, Merkels, Hundts und wie sie alle heißen?

...den Rest kann sich jeder nun selber dazu denken.

Glück Auf!

Nötiger, Ernst



# 2010 Europäisches Jahr gegen Armut und Ausgrenzung Die Karawane zieht durch Heidelberg



Am 17. Mai kam die Karawane, zu der sich Betroffene aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zusammenschlossen, nach Heidelberg. Der SKM sorgte für Kost und Logie. In der Universität lud Prof. Dr. Jürgen Kohl, vom Institut für Soziologie, zu einer Podiumsdiskussion zum Thema : Utonie und Wirklichkeit.







Mit  
neuem  
Mut.



Bei der anschließenden Kundgebung zusammen mit der Montagsdemo Heidelberg am Bismarkplatz wurde auf das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung aufmerksam gemacht. Der OBDACH e. V. spendierte für alle eine Gulaschsuppe.



Zum Abschluss zog die Karawane mit inzwischen zahlreichen Anhängern durch die Hauptstraße zum Uniplatz. Ein geplantes Gespräch mit dem OB fiel aus - vermutlich geringes Interesse von Seiten der Stadt.



ZERO POVERTY  
**GEMEINSAM  
GEGEN ARMUT**

Wir danken allen welche diese Karawane ermöglicht haben und allen Teilnehmern für den Besuch in Heidelberg.





# Der Weg aus der Krise

## Finanztransaktionssteuer

**Kleiner Steuersatz, hohe Einnahmen**

Finanztransaktionssteuer. Diese soll nach dem Willen der Befürworter die Spekulation an den Finanzmärkten eindämmen und die Finanzmärkte an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Die Chancen auf ihre Einführung stehen jedoch denkbar schlecht.

Denkbar wäre beispielsweise ein Steuersatz von 0,05% auf jeden Kauf und Verkauf an den Aktien-, Rohstoff- und Devisenmärkten. Das würde allein in Deutschland ein Steueraufkommen in zweistelliger Milliardenhöhe bringen. Weltweit einen hohen dreistelligen Milliardenbetrag.

### Umstrittenes Konzept

Über die Wirkung einer Finanztransaktionssteuer streiten sich die Ökonomen, seit diese erstmals vom US-Wirtschaftswissenschaftler James Tobin vorgeschlagen wurde. Befürworter argumentieren, dass sich damit die Volatilität an den Märkten senken lasse, weil der Einfluss der Spekulanten begrenzt werde.

Gegner der Steuer verweisen darauf, dass kurzfristige Spekulanten für Liquidität an den Märkten sorgen. Eine Steuer würde die Zahl der Spekulanten und damit auch die Liquidität senken, was wiederum zu höherer Volatilität führe. Welche Seite Recht hat, ließe sich nur in einem (globalen) Praxistest klären. Der aber sehr unwahrscheinlich ist.

### Gemeinsam oder gar nicht - lautet die Devise

Einen Alleingang Deutschlands bei der Finanztransaktionssteuer hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bereits ausgeschlossen. Das hätte auch wenig Sinn. Denn die Marktteilnehmer würden in diesem Fall einfach auf andere Länder ohne Transaktionssteuer ausweichen, mit entsprechenden negativen Folgen für den Finanzstandort Deutschland.

Eine globale Einführung wird allerdings an den Bedenken

der USA und Großbritannien scheitern. Die mächtigen Lobbyisten der US-Banken haben es bereits geschafft, die US-Finanzmarktreflexionen zu ihren Gunsten aufzuweichen. Eine Steuer, die der Branche derart hohe Summen abknöpft, werden sie zu verhindern wissen. Zumal die US-Politiker bislang ohnehin auf ihrer Seite stehen.

### So geht es nicht weiter



Mit der aktuellen Politik sollen die Folgekosten der Finanzmarktkrise direkt auf die Bevölkerung umgelegt werden, daher ist es notwendig den Widerstand zu bündeln und den Protest gegen diese Politik, die sich direkt gegen die Menschen richtet auf die Straße zu tragen.

In Berlin warfen Gewerkschaftsvertreter den Politikern völliges Versagen vor und forderten schärfere Kontrolle von Managern und Finanzmärkten sowie mehr Mitbestimmung und Mindestlöhne. Die Menschen sind nicht länger bereit, die Kosten für eine Krise zu bezahlen, die durch die Profitgier von Finanzinstituten und Konzernen verursacht wurde.

Die Einführung einer solchen Steuer wäre an sich schon ein Erfolg, weil alle Länder von einer stabileren Weltfinanz- und Wirtschaftsordnung profitieren. Darüber hinaus würde die Steuer gleichzeitig national ein- bis zweistellige, global aber dreistellige Milliardenbeträge generieren, die zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie anderer Maßnahmen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung verwendet werden können.



# Bürgerarbeit

## Wir finanzieren (Billig)Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Das „Projekt Kommunal-Kombi“ ging in die Hose, also legt man ein neues „Projekt“ auf, das man mit derselben Demagogie an den Mann und die Frau zu bringen sucht: „Aktiv zu sein ist besser als zu Hause auf ein Jobangebot zu warten.“ So Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) während der Vorstellung ihrer neuesten „Förderungsmaßnahme“, die sich an die US-amerikanischen „Workfare“-Programmen der 90er Jahre anlehnt.

Ab 15. Juli sollen die ARGEn und „Jobcenter“ bundesweit 160.000 Langzeitarbeitslose (von aktuell 914.843 ALG-I- und 4.998.061 ALG-II-Beziehern) auswählen, um sie gezielt in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. (Stellt sich die Frage, was die argen Jobcenter denn bisher so gemacht haben.) Frau von der Leyen hat angeblich die Erfahrung gemacht, daß auf diese Weise vier von fünf Arbeitslosen vermittelt werden bzw. freiwillig auf Regelleistungen verzichten. Für letzteres fehlt jede halbwegs verständige Begründung, und gegen die Leyensche Erfahrung spricht die Zahl der Arbeitslosen selbst, die trotz allmonatlicher Jubelmeldungen aus dem Haus der Bundesagentur seit Jahren auf hohem Niveau verharrt.

Nach Leyenscher Rechnung bleiben nach diesen sechsmonatigen intensiven und schließlich von Erfolg gekrönten Vermittlungsbemühungen nur noch 34.000 Langzeitarbeitslose übrig, die dann die frohe Botschaft der christlichen Arbeitsministerin am eigenen Leib erfahren dürfen. Diese Botschaft heißt „Bürgerarbeit“. Wie gehabt geht es dabei um die Betreuung von Alten und Behinderten, die Leitung von Angeboten für Jugendliche, Laub aufsammeln, Eis hacken, Kastanien sammeln oder was den Kommunen sonst noch so einfällt. Selbstverständlich, daß diese Arbeiten „gemeinnützig“ sein müssen und keine regulären Jobs „verdrängen“ dürfen. Diese Illusion ist längst als Illusion entlarvt, doch Frau von der Leyen hat wohl auch da ganz andere Erfahrungen (aus dem Lande Ganz-weit-weg).

Für 30 Arbeitsstunden in der Woche bekommt der „Bürgerarbeiter“ einen „Lohn“ von 900 Euro pro Monat. Brutto, versteht sich. Beiträge in die Arbeitslosenversicherung werden nicht gezahlt. Also erwirbt der glückliche „Bürgerarbeiter“ während seiner auf drei Jahre befristeten „Bürgerarbeit“ keine Ansprüche auf das reguläre Arbeitslosengeld, und landet letztendlich wieder in Hartz IV. Während dieses „Bürgerarbeits“verhältnisses darf der „Bürgerarbeiter“ Miete, Strom, Fahrkosten etc. aus seinem überaus üppigen Nettolohn bezahlen, während sich die argen Jobcenter diese Leistungen „sparen“. „Bürgerarbeit“ ist also Arbeiten für Hartz IV oder sogar für weniger. „Sparen“ wird der Leyensche Apparat auch bei denen, die diese ach so wunderbaren Angebote für „Bürgerarbeit“ ablehnen, denn die gewohnte Sanktions



praxis gilt auch für dieses „Arbeitsangebot“.

Frau von der Leyen erwähnt 1,3 Milliarden Euro, von denen „der Bund“ 690 Millionen und der Europäische Sozialfonds 610 Millionen Euro zur Verfügung stellt, mit denen dieses „Projekt“ finanziert wird. Wobei man gar nicht oft genug erwähnen kann, daß sowohl Staat

wie EU nichts produzieren oder verkaufen, also über keine eigenen finanziellen Einnahmequellen verfügen, so daß sie immer von unserem Geld reden, das sie da verteilen. 1,3 Milliarden Euro, das sind rund 433 Millionen pro „Bürgerarbeits“-Jahr. Die jährliche Finanzierung der 34.000 mit „Bürgerarbeit“ beglückten beträgt also 12.735 Euro pro „Bürgerarbeiter“. Macht im Monat 1061 Euro. Wovon der „Bürgerarbeiter“ laut von der Leyen aber nur 900 Euro (Brutto) erhält. Würde mich freuen, wenn mir jemand mitteilen könnte, wo die Differenz von immerhin 161 Euro pro Mann und Monat versickert. Denn immerhin sind das über die drei Jahre gerechnet insgesamt über 197 Millionen Euro - und, wie gesagt, unser Geld.

Keine Frage, daß es sich auch bei diesem christlich-leyenschen „Projekt“ erneut nur um den weiteren Ausbau des vom Kapital gewollten und von deren Politikern daher beförderten Ausbau des Niedriglohnsektors handelt. Die Erpressung der Arbeitslosen geht weiter, denn ein „Angebot“, das man nur unter Gefährdung der eigenen physischen Existenz ablehnen kann, ist nichts anderes als Nötigung oder Erpressung, was selbst laut bürgerlichem Gesetzbuch bestraft werden mußte.

Unbestritten - außer von den leyenschen Parteigängern - ist auch, daß das Gesödere von der „Gemeinnützigkeit“ nicht mehr darüber hinwegtäuscht, daß auch diese Niedriglohn-Variante weitere sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichten wird.

Der Niedriglohnsektor wächst und wächst, die Dumpinglöhne schießen ins Kraut. Das war, ist und bleibt das Ziel der herrschenden Klasse und ihrer politischen Geschäftsführer, deren „Sachverstand“ einzig und allein der Profitlogik folgt. Das aber bedeutet nicht nur Perspektivlosigkeit für die Mehrzahl der 7.755.799 „Leistungsbezieher“ (Juni 2010), das bedeutet auch für viele Millionen arbeitender Menschen mehr als unerfreuliche Perspektiven. Die volksfeindlichen Politiker des Kapitals wissen, daß sie Arbeitende und Arbeitslose nicht zusammenkommen lassen dürfen, und sie tun alles, um diese Einheit zu verhindern. Nur zusammen können wir ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Und wie sagte Frau von der Leyen so schön: „Aktiv zu sein ist besser als zu Hause auf ein Jobangebot zu warten.“ Oder darauf zu warten, daß sich etwas ändert in diesem Land.



# HARTZ IV

## Ferienjob-Einkommen: ab Juni 1.200 Euro pro Jahr anrechnungsfrei

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen eine Neuregelung der Anrechnung des Einkommens von Schüler auf Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII per Verordnung (3. Alg II-VÄndV) bekannt gegeben. Die 3. Alg II-VÄndV wurde am 12. Mai 2010 im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt zum 1. Juni 2010 in Kraft.



Die im Folgenden näher beschriebenen Regelungen widmen sich der in der Vergangenheit häufig kritisierte bedarfsmindernde Anrechnung von Erwerbseinkommen aus Schüler und Ferienjobs auf den Bedarf der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft. Durch die Neuregelung soll zukünftig vermieden werden, dass – wie bisher der Fall – bereits für Jugendlichen durch die Einkommensanrechnung kein Arbeitsanreiz mehr besteht.

Durch den Erlass der oben genannte Verordnung wird die „Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II / Sozialgeld“ (kurz ALG II-V), die konkretisierend neben § 11 SGB II Regelungen zur Einkommensanrechnung enthält, ergänzt, indem § 1 ALG II-V um einen 4. Absatz erweitert wird.

„(4) Nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind Einnahmen von Schülerinnen und Schülern allgemein- oder berufsbildender Schulen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, aus Erwerbstätigkeiten, die in den Schulferien für höchstens vier Wochen je Kalenderjahr ausgeübt werden, soweit diese einen Betrag in Höhe von 1.200 Euro kalenderjährlich nicht überschreiten. Für die Bemessung des Zeitraums nach Satz 1 bleiben in den Schulferien ausgeübte Erwerbstätigkeiten mit einem Einkommen, das monatlich den in § 11 Absatz 2 Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch oder in Absatz 1 Nummer 9 genannten monatlichen Betrag nicht übersteigt, außer Betracht. Satz 1 gilt nicht für

Schülerinnen und Schüler, die einen Anspruch auf Ausbildungsvergütung haben. Die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes bleiben unberührt.“ Zusammengefasst bedeutet dies:

Für Schüler an allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schulen

die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und keine Ausbildungsvergütung erhalten ist Erwerbseinkommen nicht bedarfsmindernd anzurechnen, wenn dieses einen Betrag von 1.200 Euro pro Kalenderjahr nicht übersteigt und in den Schulferien in einem Zeitraum von höchstens 4 Wochen pro Kalenderjahr erzielt wurde.

Des Weiteren wird definiert, wie der maßgebliche Zeitraum zu bestimmen ist. Wird neben dem Ferienjob noch eine weitere Tätigkeit ausgeübt, ist diese unerheblich bei der Bestimmung der genannten vier Wochen, wenn das Einkommen hieraus die Einkommensfreigrenzen nach § 11 Abs. 2 Satz 2 SGB II bzw. § 1 Absatz 1 Nr. 9 ALG II-Verordnung nicht übersteigt.



Weitere Hartz-IV-News

### BA-Schreiben werden „vereinfacht“

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) möchte in ihren Schreiben künftig verständlichere Formulierungen gebrauchen, damit die Leistungsbezieher sich nicht mehr mit dem sogenannten „Amtsdeutsch“ auseinandersetzen müssen.

Nach Ansicht der BA würden Erwerbslose oftmals nur deshalb Widerspruch gegen einen Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheid erheben, weil sie die das Behördenschreiben nicht verstünden. Nachdem im Jahr 2008 rund 830.000 Widersprüche eingelegt wurden, erwartet BA-Vorstand Heinrich Alt infolge der neuen Formulierungen ein Sinken dieser hohen Zahl.

Ob die Bundesagentur ausschließlich am Wohle ihrer „Kunden“ interessiert ist, darf allerdings bezweifelt werden. Schließlich wird ein rechtswidriges Behördenhandeln nicht dadurch rechtmäßig, weil verständliche Formulierungen gebraucht werden.

Ein anschauliches Beispiel für die künftige BA-Praxis ist im „lawblog“ des Düsseldorfer Rechtsanwalts Udo Vetter zu finden. Hier wird deutlich, dass das Weglassen der jeweils einschlägigen Rechtsnormen eben keinen Gewinn für den betroffenen ALG II Bezieher darstellt. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass ihm auf diese Weise ein möglicher Widerspruch „ausgeredet“ werden soll.



## Saarbrücker

## Erklärung

## Gegen die Fortsetzung der Spaltung

## der Gesellschaft -

## Abschied vom Sozialstaat nicht mit dem DBSH

### Beschluss der Bundesmitgliederversammlung des Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit

Wie immer in Wirtschaftskrisen oder bei „klammen“ öffentlichen Kassen werden auch aktuell Menschen diffamiert, die auf Hilfe angewiesen sind. Sofort wird eine Diskussion über deren angeblich mangelnde Motivation zur Arbeit und die zu hohen Sozialleistungen angestoßen, an der sich auch Spitzenpolitiker beteiligen. Nachstehend einige Äußerungen der letzten 20 Jahre:

*„Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. (...) Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern“*,

schreibt Außenminister und FDP-Chef Guido Westerwelle im Februar 2010 in einem Beitrag für „Die Welt“.

*„Nach 11 Jahren staatlicher Umverteilung droht der ganz normale Steuerzahler zum Sozialfall zu werden.“*

(Guido Westerwelle, FDP Bundesvorsitzender kurz vor den Landtagswahlen in NRW)

*„Leistung muss sich wieder lohnen.“*

(G. Westerwelle)

*„Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie“*

erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Nachwuchsorganisation Junge Union, Philipp Mißfelder, im Februar 2009.

*„Ehe jetzt einer im 20. Stock sitzt und den ganzen Tag nur fernsieht, bin ich schon fast erleichtert, wenn er ein bisschen schwarz arbeitet“*,

gab der damalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) im Februar 2008 in der N24-Sendung „Links-Rechts“ über soziale Probleme, die sich aus der Arbeitslosigkeit ergeben, zu Protokoll.

*„Wenn Sie sich waschen und rasieren, finden Sie auch einen Job.“*

Der damalige SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck zu einem Arbeitslosen bei einem Wahlkampftermin im Dezember 2006.

*„Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!“*

So wurde der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in der „Bild“ vom 6. April 2001 zitiert.

*„Mehr Eigenverantwortung des Einzelnen, weniger soziale Hängematte“*,

fordert der damalige Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble (CDU), in der „Bild“ im Oktober 1994.

*„Wir können die Zukunft nicht dadurch sichern, das wir unser Land als einen kollektiven Freizeitpark organisieren“*,

meinte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bereits im Oktober 1993 in einer Regierungserklärung zum Standort Deutschland.

Tatsächlich aber sind die Einkommen in Deutschland noch nie so ungerecht verteilt gewesen wie heute:

Während Vermögende und Bezieher höherer Einkommen in den letzten 15 Jahren steuerlich entlastet wurden und deren Realeinkommen stiegen, mussten „Normalverdiener“ und insbesondere Menschen, die auf staatliche Transferzahlungen angewiesen sind, immer weitere Einkommenseinbußen hinnehmen. Die Zahl der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen wächst immer weiter.

Die Bundesagentur für Arbeit zählte im Februar 2010 6,2 Mio. Erwerbslose, hinzu kommen 1,6 Mio. Menschen in Beschäftigungsmaßnahmen und solche, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden und trotz Erwerbseinkommen als arm gelten oder die als Ehegatten keine Lohnersatzleistungen bekommen, obwohl sie arbeiten wollen. Denn acht bis neun Mio. Erwerbslosen standen leider nur 480.000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Zugleich verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau.

Die Reform des Wohlfahrtsstaates und die damit verbundene Umwandlung in den „aktivierenden Sozialstaat“ führten zu einer weiteren Verschärfung der Situation. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurde in den 90er Jahren unter der rot-grünen Regierung neben anderen Maßnahmen als „Agenda 2010“ eingeführt und sollte unter dem Motto „Fördern und Fordern“ neue Arbeitsplätze schaffen.





Tatsächlich zugenommen aber hat nur die Zahl von Niedriglohn-Arbeitsverhältnissen, die ein auskömmliches Leben nicht ermöglichen. Hartz IV, Eigenbeteiligungen und Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung und Veränderungen in der Arbeitswelt sind vor allem für das untere Drittel der Gesellschaft zu einem Lebensrisiko geworden.

Vor einigen Jahren noch galt der demografische Wandel (bei allen damit verbundenen Problemen) als Chance zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Nunmehr aber zeigt sich, dass schlechte Bildungssituation und mangelnde Förderung von Jugendlichen trotz zukünftig verbesserter Arbeitskraftnachfrage nicht zu einem Absinken der Erwerbslosigkeit führen wird. Auch hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, über Niedrigstlöhne zusätzliche und „einfache“ Arbeitsplätze zu schaffen.

Trotz dieser Situation unterblieben ausreichende Investitionen und notwendige Reformen im Bildungssystem.

Während Leistungen und soziale Dienste zur Förderung von Menschen in Notlagen zunehmend eingeschränkt wurden, erfreuen sich Banken und Kapitalgesellschaften bis heute an Subventionen in Milliardenhöhe und an der Rücknahme von sozialen Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft.

Dass in Deutschland auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen, Menschen in prekären Lebensverhältnissen, armen Menschen, Kindern und Jugendlichen zugunsten von Vermögenden und Kapitalbesitzern Politik gemacht wird, hat nicht nur eine finanzielle Dimension. Es wird darüber hinaus ein Klima der Angst vor einem möglichen eigenen sozialen Abstieg erzeugt bzw. verfestigt, das von den eigentlichen Ursachen und Verursachern der ökonomischen Krise ablenkt.

### **Bewertung der Ausgangslage**

Ein Drittel der Bürger lebt in einer prekären Lebenssituation oder ist von Armut bedroht.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird mit großer Wahrscheinlichkeit deren Situation weiter verschlechtern und die Zahl der Armen ansteigen lassen. Weltweit hat die Finanzkrise ca. 64 Mio. Menschen in Armut gebracht. Während die Banken, mit Milliarden Steuergeldern gestützt, weiter machen, als wäre nichts geschehen, haben Suppenküchen und Lebensmittelausgabestellen Hochkonjunktur. Rechtsansprüche auf Hilfe und Unterstützung werden eingeschränkt, stattdessen wird auf bürgerschaftliches Engagement verwiesen - Almosen statt Rechte scheint die Devise zu lauten. Erfreulicherweise hat das Bundesverfassungsgericht – ganz unabhängig von der Frage, welche Folgen es für die Höhe der Unterstützungsleistungen haben wird – das Sozialstaatsgebot in unserer Verfassung bestätigt.

Ungerührt von diesem Urteil geht es den Protagonisten aus Politik und Wirtschaft, wie etwa der industriegeförderten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ weiter um ein Umdefinieren von Sozialstaat und Menschenwürde. So wird noch immer behauptet, dass bisherige staatliche Transferzahlungen für Erwerbslose nicht zu leisten und nicht notwendig seien.

Dabei waren bereits die jetzt angegriffenen „Hartz-IV-Gesetze“ und die damit verbundenen Regelsätze Folge und Symbol des neuen „neoliberalen Paradigmas“. Mit dem Satz „Eine Gesellschaft gibt es nicht, es gibt nur Individuen.“ hat die ehemalige englische Premierministerin Margaret Thatcher die Veränderung deutlich gemacht. Mit dem Durchsetzen dieses Ansatzes in Europa wurden staatliche Leistungen privatisiert, soziale Dienstleistungen in marktfähige Waren verwandelt und soziale und gesellschaftliche Rahmenseetzungen abgebaut – „Deregulierung“, „mehr Eigenverantwortung“, „freier Markt“, „weniger Staat“ und damit verbundenes „Wirtschaftswachstum“ beschreiben die Zauberformel für ein Politikprojekt, das die Gemeinwesen und damit die steuerzahlenden Unternehmen von Sozialkosten entlasten und damit Wachstum und Wohlstand ermöglichen sollte.

„Die Zunahme unterbezahlter, prekärer Arbeit vor dem Hintergrund von Erwerbsarmut und anhaltender Massenarbeitslosigkeit, der Abbau der Systeme der sozialen Absicherung und die damit verbundene Umwandlung des kollektiven Anspruchs auf staatliche Ersatzleistungen bei Erwerbs- und Mittellosigkeit in die individuelle Pflicht zur Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit und damit ein Mittel zur Durchsetzung der entsozialisierten Lohnarbeit als Normalarbeitsverhältnis des neuen Proletariats in den städtischen Dienstleistungssektoren...“ sind Auswirkungen dieses „neoliberalen Politikprojekts“.

Die Versprechen wurden nicht eingehalten: Das eher bescheidene Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat lediglich zu einer größeren Schere zwischen „arm“ und „reich“, nicht aber zu einem nachhaltigen Wachstum der Erwerbsbeschäftigung geführt. Darüber hinaus hat der „Markt“ umfassend versagt, der Staat musste und muss noch immer mit milliardensubventionen dort eingreifen, wo Verluste „sozialisiert“ wurden.

**DBSH**

DBSH Büro Berlin (Vereinssitz)  
Rungestraße 22 - 24  
10179 Berlin  
Tel.: (0 30) 40 05 40 12  
Fax: (0 30) 40 05 40 13  
Email: info[at]dbsh.de  
http://www.dbsh.de

**Wir setzen Maßstäbe  
in der Sozialen Arbeit**



# In den Armen der Dealer

Bilanz der deutschen Drogenpolitik ist verheerend: 282.419 Straftaten im Zusammenhang mit harten Drogen, über 1.000 Drogentote pro Jahr. Die Regierung muss umlenken und endlich neue Konzepte entwickeln. Eine Enquete-Kommission wäre ein Anfang.

Die deutsche Drogenpolitik kriminalisiert Kranke, anstatt ihnen zu helfen. Sie treibt Konsumenten weicher Drogen in die Arme von Dealern, die ihnen den Zugang zu harten Drogen erst ermöglichen. Sie drängt Süchtige ins gesellschaftliche Abseits und befördert so ein bedrohliches Ausmaß an Beschaffungskriminalität.

Die deutsche Drogenpolitik

propagiert ein heuchlerisches Abstinenzideal. Zeitgleich akzeptiert sie die hochschädlichen Drogen Alkohol und Nikotin als selbstverständlichen Teil unseres Alltags.

Beschneidung der Entscheidungsfreiheit

Die deutsche Drogenpolitik verurteilt jegliche Form des illegalen Drogenkonsums. Damit missachtet sie das Bild der frei verantwortlichen Persönlichkeit. Sie beschneidet auch denjenigen Drogenkonsumenten in seiner Entscheidungsfreiheit, der die Rechte Dritter nicht verletzt. So ist nicht erkennbar, wie ein vor dem Fernseher rauchender Gelegenheitskiffer andere schädigen kann.

Der Staat droht jedem Konsumenten mit der nachträglichen Kriminalisierung seines Handelns. Damit begegnet er der Drogenproblematik vom falschen Ende her. Das Strafrecht ist das härteste Mittel der staatlichen Sozialkontrolle. Anstatt es in der Drogenpolitik als letztmögliches Mittel zu verwenden, wird es zur Lösung des Problems als erstes Mittel angesetzt.

Transparenz, Aufklärung und Hilfe sollten die Gebote der Drogenpolitik sein. Stattdessen drängen wir den gesellschaftlichen Drogenkonsum ins dunkle Abseits

der Illegalität ab. Dieser Weg ist gescheitert.

Die Bilanz der Drogenpolitik ist verheerend. Die Kriminalisierung des Drogenkonsums hat weder Angebot noch Nachfrage grundlegend verändert. Die ausgegebenen



Drogenmilliarden fließen an internationale Drogenkartelle, die ganze Länder destabilisieren. Die Kriminalisierung auch weicher Drogen befördert nicht nur die Bildung verbrecherisch arbeitender Hehlerstrukturen.

Sie treibt Haschischkonsumenten zudem in die Arme von Dealern, die Interesse am Verkauf harter Drogen haben. Diese Dealer verkaufen schwarze Ware, deren Qualität unkontrolliert ist. Auch dies führt zu mehr als 1.000 Drogentoten jährlich in Deutschland.

Der Staat muss sich nicht nur mit den von ihm indirekt geförderten Dealerstrukturen auseinandersetzen. Er hat auch mit Beschaffungskriminalität und ihren Folgen zu kämpfen. Laut der Kriminalstatistik des

Bundeskriminalamtes gingen im Jahr 2008 282.419 Straftaten auf Konsumenten harter Drogen zurück. Zudem trägt die Allgemeinheit die Folgekosten mangelnder Prävention für die Sozialsysteme.

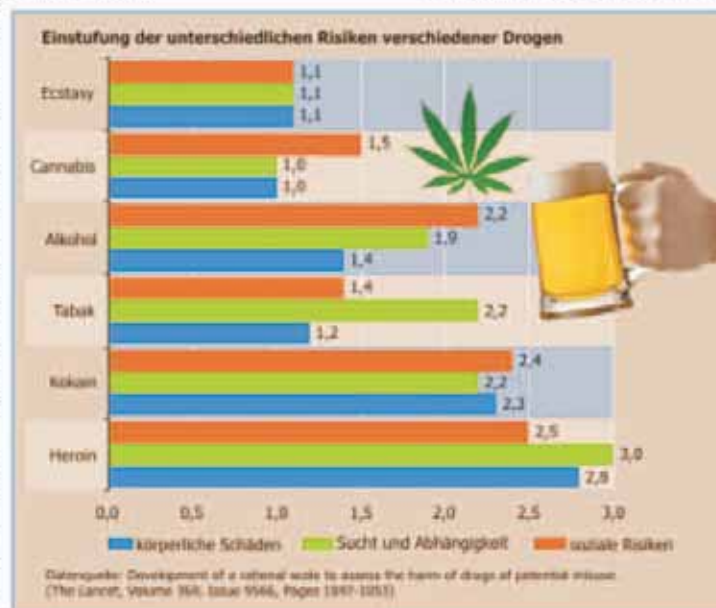
Die generelle Verdammung von Drogen ist kontraproduktiv

Wir müssen also umlenken. Eine neue Drogenpolitik ist jedoch erst möglich, wenn die Allgemeinheit bereit für Veränderung ist. Die generelle Verdammung jedweder Droge ist kontraproduktiv. So nehmen wir uns auch die Möglichkeit, den medizinischen Nutzen mancher Drogen

wie Heroin oder Haschisch als hochwirksames Schmerzmittel zu nutzen. Ihre Wirkung kann bei richtiger, von Experten beaufsichtigter Anwendung von hohem Wert bei vielen Krankheiten sein.

Bei sachlicher Betrachtung spricht viel für ein grundlegendes Umlenken in der Drogenpolitik. Die Zeit dafür ist reif. Durchdachte, detaillierte Konzepte hierzu liegen jedoch noch nicht vor. Es liegt nun in den Händen der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenen Parteien, Vorschläge entwickeln zu lassen. Der Bundestag sollte deshalb zeitnah eine

Enquete-Kommission einberufen, die eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Drogenpolitik vornimmt und Reformvorschläge erarbeitet.





## **Alltagsdroge Alkohol**

**aus aktuellen Anlass-hier Der gefährlichen Weg in die Abhängigkeit**

Alkoholismus ist seit 1968 als Krankheit anerkannt. Der sorglose Umgang mit Alkohol führt nicht selten in die Sucht. Die Folgen sind schwerwiegend.

Die Droge Alkohol gehört zum Alltag und begegnet uns überall. So ist der Aperitif und das Glas Wein zum Essen genau so eine Selbstverständlichkeit wie das Gläschen Sekt zum Anstoßen, wenn es etwas zu feiern gibt. Ein Kräuterschnaps gehört für den einen zur guten Verdauung, für den anderen ist das Bier vor dem Fernseher eine feste Gewohnheit. Dagegen ist nichts einzuwenden - oder doch?

### **Alkoholabhängigkeit ist eine schwere Krankheit**

Es gibt Menschen, die ihr Leben lang Alkohol konsumiert haben und damit steinalt geworden sind. Ihnen ist der Weg in die Abhängigkeit erspart geblieben. Selbstverständlich wird nicht jeder zum Alkoholiker, dennoch wird die Gefahr, in eine Alkoholkrankheit zu rutschen, häufig unterschätzt. Anders lassen sich die 1,5 Millionen in Deutschland lebenden Alkoholiker kaum erklären. Weitere vier Millionen gelten als gefährdet, von der Dunkelziffer ganz zu schweigen. Das Einstiegsalter sinkt stetig und immer mehr Kinder und Jugendliche werden durch den leichtfertigen Umgang mit Alkohol zu Koma-säufern.

Seit 1968 ist Alkoholismus als Krankheit anerkannt. Dennoch spukt in vielen Köpfen beim Begriff des "Alkoholikers" immer noch das Bild einer torkelnden und lallenden verkrachten Existenz herum, die es nicht verdient hat, dass man ihr Aufmerksamkeit schenkt. Wird einem Krebskranken ganz selbstverständlich Anteilnahme entgegen gebracht, so stößt ein Alkoholkranker auf Ablehnung, im schlimmsten Fall auf Verachtung. Alkoholranke haben nicht nur unter den verheerenden körperlichen, seelischen und sozialen Folgen ihrer Krankheit zu leiden, sondern werden darüberhinaus von der Gesellschaft nicht selten verspottet, ausgegrenzt und diskriminiert.

### **Die häufigsten Motive zum Trinken**

Die Gründe, warum jemand zur Flasche greift, sind unterschiedlich. Oft dient das Bier am Feierabend oder das Gläschen zwischendurch zum Abbau von inneren Spannungen oder Stress. Mal soll es beim Einschlafen helfen, mal die Schüchternheit überwinden. Der Genuss von Alkohol wird positiv erlebt, indem er als entspannend, beruhigend, gesellig machend, Langeweile abbauend, leistungsfähiger machend, leichter und fröhlicher fühlend oder appetitanregender empfunden wird. Wenn die positiv erlebte Wirkung von Alkohol gezielt durch Trinken gesucht wird, ist das Trinkverhalten bereits problematisch. Alkoholproblem oder bereits abhängig?

Der Weg in die Sucht ist oft schleichend. Wer es nicht schafft, ganz bewusst einmal zwei Wochen lang völlig auf Alkohol zu verzichten, dürfte bereits ein ernstes Problem haben.

### **Typische Warnzeichen:**

Häufiger Drang nach Alkohol

Immer mehr Alkohol zum Erzielen der gewünschten Wirkung

Kontrollverlust über Anfang und Ende des Trinkens

Entzugssymptome, Zittern der Hände

Veränderung des Tagesablaufs

Heimlicher Alkoholkonsum

Verleugnen von Alkoholkonsum

Der Amerikaner Elvin Morton Jellinek beschrieb als erster die Phasen des Alkoholismus, die auch heute noch gebräuchlich sind:

### **Die Anfangsphase:**

Die Entwicklung einer Abhängigkeit kann lt. Jellinek zwischen sechs Monaten und zwölf Jahren dauern. Die Betroffenen spüren, dass sich ihr Trinkverhalten ändert. Nicht selten beginnt bereits in dieser Phase das heimliche Trinken und das Anlegen von Alkoholvorräten. Die Gedanken kreisen immer öfter um Alkohol. Auch diese Phase bleibt im Umfeld der Betroffenen meistens unbemerkt. Die Betroffenen selbst legen großen Wert darauf, ihren tatsächlichen Alkoholkonsum zu verbergen. Nur sie selbst wissen, dass etwas nicht stimmt, sogenannte "Filmrisse" und Gedächtnislücken können auftreten. Die Abhängigkeit steht bevor. Die Betroffenen entwickeln Schuldgefühle und vermeiden Gespräche über Alkohol. Der hohe Alkoholkonsum fällt dem Umfeld noch nicht auf, allenfalls der/die Partner/in werden damit konfrontiert. Diese neigen jedoch in der Regel eher dazu, das Alkoholproblem zu bagatellisieren und den/die Partner/in zu entschuldigen und zu schützen.

### **Die kritische Phase:**

In dieser Phase ist die Krankheit nicht mehr zu verleugnen und wird auch von der Umgebung wahr genommen. Kontrollverluste treten auf. Der Betroffene stößt vermehrt auf Ablehnung in der Gesellschaft. Bereits die kleinste Menge Alkohol reicht aus, um den Drang nach mehr auszulösen. Er ist aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage, den Alkoholkonsum zu beenden. Allerdings besteht noch die Kontrolle, ob und wann getrunken wird. Nach Trinkbeginn kommt es immer wieder zu Exzessen. Eine andere Variante in dieser kritischen Phase ist das sogenannte "Spiegeltrinken". Der Spiegeltrinker hält seinen Level mit einer gewissen Promillegrenze und trinkt möglicherweise über Jahre hinweg weitgehend ohne Kontrollverlust. Dennoch fällt auch er über kurz oder lang durch verändertes Sozialverhalten und Wechselbäder der Gefühle auf. Das Denken und das Verhalten des Betroffenen konzentriert sich in dieser Phase immer mehr auf den Alkohol. Interessen, Ernährung und Beziehungen werden vernachlässigt. Viele verlieren bereits in dieser Phase ihren Arbeitsplatz oder den Partner und die Familie.

### **Die chronische Phase:**

In der chronischen Phase folgt der seelische und körperliche Abbau. Es wird regelmäßig getrunken mit zum Teil tagelang anhaltenden Rauschzuständen und immer wieder auftretenden Exzessen. Spätestens in dieser Phase geht der Arbeitsplatz und meistens auch die Familie verloren. Nicht selten folgt ein Verlust der Wohnung und Obdachlosigkeit schließt sich an. Das Trinken beherrscht das Leben der Betroffenen und wird wichtiger als das Essen. Die meisten chronisch kranken Alkoholiker leiden zudem an schweren Angststörungen. Freiwillige oder unfreiwillige Trinkpausen können in diesem Stadium Lebensgefahr bedeuten. Schwere Komplikationen, wie Krampfanfälle oder Delirien sind möglich.



### Ein besonderer Büchertip:

Ein Vorwort von Frank Baust.

Man trifft sich immer zweimal im Leben!? Das ist keine Frage. Eher eine Tatsache, die sich immer wieder bewährt. Die modernen Mittel der Kommunikation tragen oft mehr dazu bei, als man denkt.

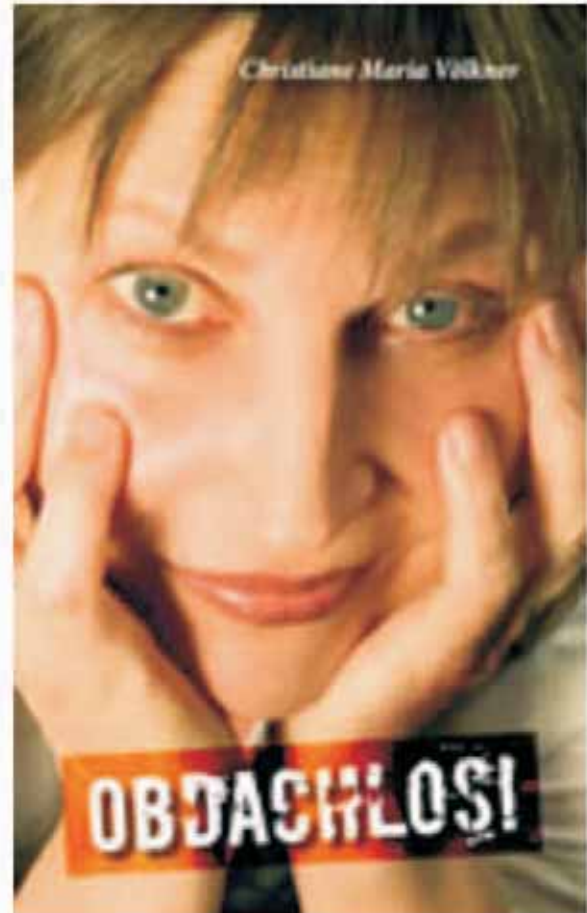
An einem langweiligen Sonntagnachmittag saß ich an meinem Laptop. Zielloos surfte ich im Internet und suchte nach alten Bekannten und Ereignissen der Vergangenheit. Dabei kam mir auch meine damalige Arbeit im Obdachlosenheim »Wichernheim« in den Sinn. Als ich daran dachte, verspürte ich ein leichtes Sodbrennen. Immerhin war ich dort einige Jahre lang beschäftigt. Als ich dort anfing, beflügelte mich mein jugendlicher Idealismus. In kleinen Gruppen betreute ich die Klienten des Heimes bei ihrer tagesstrukturierten Tätigkeit. Eine Arbeit, die mit Menschen zu tun hatte, die am Rande unserer Gesellschaft stehen, eine Arbeit, von der ich innerlich total überzeugt war. Doch der Blick hinter die Kulissen enttäuschte mich bitter.

Ich zögerte. Sollte ich einfach mal dort auf der Homepage stöbern? Ich folgte einem inneren Sog. Denn das Thema der obdachlosen Menschen in diesem Heim bewegte mich nach einigen Jahren immer noch tief. Was mich damals bei dieser Arbeit erfüllte, ist mir noch sehr vertraut. Es war mein tiefster Wunsch, Menschen, die ganz unten sind, zu helfen, damit sie das Vertrauen in sich selbst zurückgewinnen. Menschen, die wohnungslos sind, abhängig von Drogen, Alkohol und Medikamenten, körperlich und seelisch am Ende. Menschen, die vielleicht selbst schuld an ihrer Misere sind. Aber auch Menschen, die nur viel Pech im Leben hatten oder auch keine Familie, die ein sicheres Netz bietet, in das man sich fallen lassen kann. Na ja, eben ein sehr schwieriges Klientel.

Für diese Menschen braucht man sehr viel Fingerspitzengefühl, Nächstenliebe und vor allem Respekt vor ihrem Schicksal. Eine ganz normale christliche Haltung, die meiner tiefsten Überzeugung entspricht. Wie sonst, ohne diese ethische Haltung, sollen Menschen, die ganz unten sind, wieder hochkommen? Doch wie oft hatte ich diesen menschlichen Aspekt in meinem Arbeitsalltag vermisst! Eine menschliche Haltung wäre doch so einfach gewesen. Sehr selten habe ich dort erlebt, dass den Obdachlosen Wege zu ihrer Selbstständigkeit gezeigt wurden. Vielmehr sollten sie in den Werkstätten lernen, wie man einem geordneten Arbeitsalltag nachgeht. Doch darüber hinaus gab es so gut wie keine Hilfe.

In den Jahren meiner Tätigkeit haben sehr wenige den Sprung zurück ins normale Leben geschafft. An einer Hand könnte ich sie abzählen. Diese wenigen hatten sich wahrscheinlich innerlich einen Plan dafür zurechtgelegt. Oder vertrauten sie einfach nur ihrer inneren Kraft und ließen sich deshalb nicht brechen? Für diejenigen, die es geschafft haben, war es gewiss wie ein Ritt auf der Kanonenkugel. Ich hoffe für sie, dass sie immer von Gottes Hand behütet bleiben. Denn sie benötigen seinen Schutz oder einfach nur die Hilfe seines Bodenpersonals, doch leider hat es oft genau daran gemangelt.

Wie auch immer, im World Wide Web findet man die unglaublichsten Antworten auf seine Fragen. Genauso war es an diesem Nachmittage. Ein Schlagwort in die



Suchmaschine und das Bild einer Frau tauchte auf, von der das Heim sagte: »Ja ja, wieder eine von denen, die ganz unten gelandet sind. Die kommt eh nicht mehr auf die Füße. Wer einmal im Obdachlosenheim gelandet ist, kommt immer wieder.« Doch weit gefehlt. Die Frau, die ich auf diesem Bild sah, kannte ich aus dieser Zeit. Sie gab mir die Antwort auf meine Frage, ob es jemals einen Absprung von ganz unten geben kann.

Das Bild dieser Frau lächelte mich aus meinem Laptop freundlich an. Ohne auch nur eine Sekunde zu zweifeln, erkannte ich Frau Völkner auf ihrer Website. Eben noch erschöpft vom Surfen wurde ich sofort hellwach, als ich ein Kapitel der Erstauflage ihres Buches über ihre Obdachlosigkeit entdeckte. Ich konnte es einfach nicht glauben! Sie schrieb über ihre Heimkehr nach Heidelberg, ihr Ankommen ganz unten in der Gesellschaft und ihre Erfahrungen bei ihrer Suche nach Hilfe im Obdachlosenheim.

»Ein schönes Geschenk. Danke, Christiane.«  
Frank Baust

### OBdachLOS

Das neue Buch von Christiane Maria Völkner:

Sie können Ihr Buchexemplar problemlos in Ihrer Buchhandlung bestellen.

ISBN 978-3-8391-5515-8

Preis: 16,80 €



Anzeige



## Kaffeehaus im Hasenleiser

*Gut versteckt- versteckt gut!*

Möchten Sie einmal eine Auszeit nehmen, gemütlich, bei einer Tasse Kaffee oder Tee oder ... ? Dann sind Sie bei uns richtig!

Wir bieten unter anderem alkoholfreies Pils und Weizen sowie Andechser Bier vom Heiligen Berg, eine abwechslungsreiche Getränkekarte, kleine Küche und Kuchen/Torten - auch zum mitnehmen!

Es freut sich über einen Besuch  
Euer Rohrbacher Wirt

*Jürgen Schmitt*

**Geöffnet täglich ab 11 Uhr - kein Ruhetag**

Freiburger Str. 21 (Plus Markt) - Tel. 06221-302160

## Impressum

Herausgeber  
OB DACH e.V.  
Bahnhofstraße 3  
69115 Heidelberg  
Tel.: 06221-167494  
Fax: 06221-619508  
Email: [verein@obdach-hd.de](mailto:verein@obdach-hd.de)  
[www.obdach-hd.de](http://www.obdach-hd.de)

### Redaktion

Rohrbacher Str.62  
69115 Heidelberg  
Tel.: 06221-7258457  
[obdachblattl@arcor.de](mailto:obdachblattl@arcor.de)  
(V.i.S.d.P.), Dave Jeperntinger

Das OB DACH-Blätt'l ist offen für weitere Partner. Interessierte Projekte melden sich bei der Redaktion.

Namentlich genannte Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Es war nicht möglich, bei allen Bildern die Urheberrechte festzustellen. Betroffene melden sich bitte bei uns. Für unverlangt eingesandte Fotos, Manuskripte oder Illustrationen übernehmen wir keine Haftung. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 15.07.2010

Abo-Koordination & Anzeigen:  
OB DACH-Blätt'l  
Rohrbacher Str.62  
69115 Heidelberg  
Tel.: 06221-7258457  
email: [obdachblattl@arcor.de](mailto:obdachblattl@arcor.de)

### Druck:

[flyeralarm GmbH](http://flyeralarm.com),  
Am Biotop 3,  
97259 Greußenheim



OB DACH e.V.  
Widerstand gegen Obdachlosigkeit  
für obdachlose Menschen

## Obdachlos nicht nur auf der Straße helfen.

### Obdachlose von der Straße holen!

Deutsches  
Zentralinstitut  
für soziale  
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel  
Geprüft • Empfohlen

- Wir schließen unbefristet Mietverträge mit Obdachlosen und vermitteln Sicherheit.
- Wir bieten ihnen Hilfe zur Selbsthilfe durch qualifizierte Betreuung.
- Wir machen ihnen Beschäftigungsangebote.

Bahnhofstraße 3 – 69115 Heidelberg – Tel. 06221/167494

Spendenkonto Nr.1017195 • Sparkasse Heidelberg • BLZ 672 500

Anzeige

## Ihr Computerspezialist Tel. 06224-76522



- Problembhebung bei Hard- und Software
- Zuschneiden der Hard- und Software auf Ihre speziellen Bedürfnisse
- Ergebnisorientierte Zusammenstellung von Hard- und Software
- Internetanbindung (Beratung Anschluss und Support bzgl. DSL, Internettelefonie, WLAN etc.)
- E-Mail-Beratung und Einrichtung
- Telefonanlagen und Handys



Petrus und der Chef einigen sich darauf, künftig nur noch Fälle anzunehmen, die eines besonders spektakulären Todes gestorben sind! Es klopft an der Himmelstür, Petrus ruft: 'NUR NOCH AUSSERGEWÖHNLICHE FÄLLE!' Der Verstorbene: 'Höre meine Geschichte! Ich vermutete schon lange, dass meine Frau mich betrügen würde. Also komme ich überraschend 3 Stunden früher von der Arbeit, renne wie wild die sieben Stockwerke zu meiner Wohnung rauf, reiße die Tür auf, suche wie ein Wahnsinniger die ganze Wohnung ab und auf dem Balkon finde ich einen Kerl und der hängt am Geländer. Also, ich einen Hammer geholt, dem Mistkerl auf die Finger gehauen, der fällt runter, landet direkt auf einem Strauch und steht wieder auf, die Sau. Ich zurück in die Küche, greife mir den kompletten Kühlschrank und schmeiß das Ding vom Balkon. TREFFER! Nachdem die Sau nun platt war, bekomme ich von dem ganzen Stress einen Herzinfarkt.' 'OK', sagt Petrus, 'ist genehmigt, komm rein.'

'.... Kurz darauf klopft es wieder .... 'Nur außergewöhnliche Fälle', sagt Petrus. 'Kein Problem', sagt der Verstorbene, 'ich mach wie jeden Morgen meinen Frühsport auf dem Balkon, stolper über so 'nen beschissenen Hocker, fall über das Geländer und kann mich wirklich in letzter Sekunde ein Stockwerk tiefer außen am Geländer festhalten. 'Meine Güte', dachte ich... 'Geil, was für ein Glück, ich lebe noch!' Da kommt plötzlich ein völlig durchgeknallter Idiot und haut mir mit dem Hammer auf die Finger, ich stürze ab, lande aber auf einem Strauch und denke: 'DAS GIBT ES NICHT.. zum zweiten Mal überlebt!!' Ich schau noch mal nach oben und seh gerade noch, wie der Kerl einen Kühlschrank auf mich wirft.... 'OK', sagt Petrus, 'komm rein.'

'Und schon wieder klopft es an der Himmelstür. 'Nur außergewöhnliche Fälle', flüstert Petrus. 'Kein Thema!', sagt der Verstorbene: 'Ich war der in Kühlschrank'



Ein Bauer wurde zu sechzig Tagen Gefängnis verurteilt. Seine Frau schrieb ihm wütend einen Brief: „Jetzt, wo du im Loch sitzt, erwartest du wohl von mir, dass ich das Feld umgrabe und Kartoffeln pflanze? Aber nein, das werde ich nicht tun!“ Sie bekam als Antwort: „Trau dich bloß nicht, das Feld anzurühren, dort habe ich das Geld und die Waffen versteckt!“

Eine Woche später schreibt sie ihm erneut einen Brief: „Jemand im Gefängnis muss deinen Brief gelesen haben. Die Polizei war hier und hat das ganze Feld umgegraben, ohne was zu finden.“ Die Antwort ihres Mannes: „So, jetzt kannst du die Kartoffeln pflanzen!“



Bevor Fritzchen ins Bett geht, sagt er sein Gebet. Sein Vater lauscht an der Tür: "Lieber Gott, schütze meine Familie, mich, meine Mutter, meinen Vater und meine Oma." Der Vater geht zu Bett und wundert sich warum der Sohn den Opa nicht erwähnt hat. Als der Vater am nächsten Tag von der Arbeit kommt, erfährt er, dass der Opa die Treppe runtergefallen ist und tot ist.

Am kommenden Abend, hört der Vater wieder beim Nachtgebet zu: "Lieber Gott, schütze meine Familie, mich, meine Mutter und meinen Vater". Der Vater geht zu Bett und wundert sich warum er dieses Mal die Oma nicht aufgezählt hat. Am nächsten Tag das selbe, die Oma ist tot: Herzinfarkt!


Verwundert wartet der Vater auch an diesem Abend neben der Tür, um zu hören was Fritz betet: "Lieber Gott, schütze meine Familie, mich und meine Mutter." Aus Angst sterben zu müssen, passt der Vater den ganzen Tag lang auf. Als er schließlich nach Hause kommt, erkundigt er sich, ob es etwas neues gibt.

Seine Frau meint: "Ach nix, oh hast du gehört, dass unser Briefträger gestorben ist?"

NÜRBURGRING ANNO 2045







Armut verstecken

ene mene muh und  
weg bist du  
weg bist du noch lange  
nicht

schlafe unter Brücken  
grabe dich in Sorgenfalten  
laufe in Suppenküchen  
flüchte in Hochhausgettos  
verkaufe deinen Körper  
schneide dich in  
Mädchenarme

verstecke dich  
in der Masse Mensch  
ich suche dich nicht  
und hoffe  
du findest mich nie